

VorOrt

Zeitung für das andere Vaihingen

www.vorort-vaihingen.de

Beim FOB soll auch ein neues Gewerbegebiet entstehen

Hört dieser Wahnsinn nie auf?

Aufgabe der Stadt ist es, die bauliche Nutzung von Grundstücken vorzubereiten und zu leiten. Dabei sind die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. So steht es im Baugesetzbuch. Im vorliegenden Fall der Aurelis-Pläne hat der Stadtrat wieder einmal gar nichts abgewogen, sondern folgt mit einer tiefen Verbeugung allein dem privaten Immobilienspekulanten.

So war es fast wörtlich in VorOrt Nr. 11 vom Juni 2000 zu lesen. Nur hieß Aurelis damals Häussler und es ging um die Neugestaltung des Brauerei-Geländes. Damals waren es 26.000 m² in der Ortsmitte, die statt mit einer gesunden Mischung aus Wohnen, Einkaufen und Kultureinrichtungen, wie es die Vaihinger Bevölkerung gefordert hatte, hochverdichtet allein mit Handel und Büros bebaut werden sollten. Dass Häussler die ihm schon genehmigten 30.000 m² Büros dann doch nicht baute, lag allein an der schlechten Marktlage und mitnichten an einer städtebaulichen Einsicht. Heute geht es um 25.000 m² am Vaihinger Bahnhof, für die der Immobilienspekulant Aurelis die Genehmigung für sage und schreibe 60.000 - 90.000 m² Büro-, Handel und Hotel will. Und wieder überlässt der Gemeinderat die Stadtplanung dem Immobilienkonzern: Aurelis

schreibt den Investorenwettbewerb aus. In dessen Gutachterausschuss sitzen zwar auch Stadträte, die Entscheidung über den Siegerentwurf liegt aber allein bei Aurelis. Ihr wird das Recht eingeräumt, Entwürfe wegen zu geringer Wirtschaftlichkeit abzulehnen. Zentrales Kriterium für die Wettbewerber ist nicht die städtebauliche Qualität, sondern das Kaufpreisgebot. Natürlich wird derjenige Investor den höchsten Preis bezahlen können, der am massivsten baut. Das bedeutet laut Ausschreibung bis zu 90.000 m² Gewerbe-Bauten. Gegen den dadurch entstehenden Verkehr wird der Fernbusverkehr tatsächlich verschwindend sein.

Schon vor einiger Zeit hat der Hamburger SPD-Bürgermeisterkandidat Naumann die Kommunen vor Grundstücksverwertern wie Aurelis gewarnt: „Solche Finanzinvestoren sind an sozialer Stadtentwicklung nicht interessiert, sondern nur an schnellen



So stellt sich Aurelis das neue Gewerbegebiet am Bahnhof vor

Gewinnen.“ Den Gemeinden empfahl er, die Gelände „nicht nach einer Verwertungsstaktik zu entwickeln, sondern zusammen mit Bürgern und Fachwelt zukunftsfähige Planungen“ auszuarbeiten. Wären unsere Stadträte weniger wirtschaftshörig, so würden sie diesem Rat folgen und für das Gelände z.B. sozialen Wohnungsbau vorsehen. 45.000 Einwohner und über 60.000 Arbeitsplätze hat Vaihingen. Entsprechend diesem fast einmaligen Missverhältnis ist das Verkehrsaufkommen durch Berufspendler. „Wer da noch den zentralen Fernomnibusbahnhof verbunden mit Büro-, Handel- und Hotel-Bauten in diesen Stadtbezirk verlegen will, kann nicht mehr ganz dicht oder muss bestochen sein. In jedem Fall ist er nicht mehr wählbar“, meinte dazu kürzlich ein Vaihinger Bürger.

Erinnerung

von Gerhard Wick

Über 100 Mrd. Steuergelder wurden inzwischen der Hypo-Real-Estate geschenkt. Nun erklären uns die „Marktwirtschafts-Experten“, der Staat müsse sie auch noch durch überbeurteilten Kauf vor dem Konkurs retten, weil sie systemrelevant sei: ihr Zusammenbruch würde das ganze System zusammenbrechen lassen.

Die letzte große Systemkrise konnte das kapitalistische Wirtschaftssystem nur durch einen Weltkrieg mit einer gigantischen Vernichtung von Menschen und Gütern überwinden. Danach hatten auch seine treuesten Anhänger folgende Erkenntnis: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen des Volkes sein.“ (Programm der CDU, 1947)

Könnten wir diese bereits einmal gehabte Erkenntnis diesmal nicht schon vor dem großen Krieg in die Praxis umsetzen?



Am 7. Juni ist Kommunalwahl - Aber wählen ist nicht genug Stuttgarter Bürger fordern mehr Mitwirkungsrechte in ihrer Stadt

Auf Einladung von SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbauch findet am 20.4. im Großen Sitzungssaal des Rathauses das zweite Treffen der Stuttgarter Bürger-Initiativen statt

Über 300 engagierte Stuttgarter/innen hatten im vergangenen Oktober über ihre Erfahrungen zum Umgang von Stadtverwaltung und Gemeinderat mit Bürgeranliegen berichtet. Ihr Ergebnis: Arroganz statt Demokratie. Wie das geändert werden kann, soll nun beim zweiten Treffen beraten werden. Der Anspruch der Initiativen ist bereits formuliert:

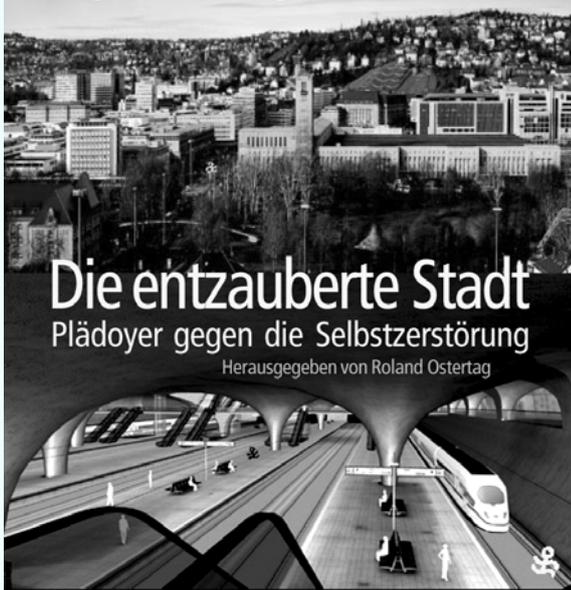
„Wir wollen mitentscheiden über die Entwicklung unserer Stadt“. Eröffnen wird die Veranstaltung diesmal AnStifter **Peter Grohmann** mit einem kabarettistischen „Vorwort“. Auch die Vaihinger Initiativen IgFOB und ISA werden wieder dabei sein und über Erfahrungen und Möglichkeiten



Mit über 300 Besuchern wurde das Rathaus im Oktober zum Forum der Bürgerkompetenz

direkter Demokratie und Beteiligung der Bürger an den sie betreffenden Entscheidungen berichten.

Stuttgart 21: Das Milliardengrab



Die entzauberte Stadt

Plädoyer gegen die Selbsterstörung

Herausgegeben von Roland Ostertag

Klaus Arnoldi	Hermann Hesse	Matthias Roser
Max Bächer	Roland Ostertag	Gangolf Stocker
Karl-Dieter Bodack	Boris Palmer	Harald Streck
Peter Conradi	Gerhard Pfeifer	Martin Viereg
Peter Grohmann	Hannes Rockenbauch	Holger Zuck

Peter Grohmann Verlag

Bürgergesellschaft und Zivilcourage Die Geschichte des Widerstands gegen ein Milliardenprojekt Daten – Fakten – Zahlen Ideologie und Propaganda zu Stuttgart 21: Das Kartell: Hintermänner, Akteure und Nutznießer des Milliardenprojekts. Alternativen und Hoffnungen.

224 teils farbige Seiten
mit vielen Abbildungen
148 x 210 mm
15,90 Euro
ISBN 978 3-927340-83-1

Im Buchhandel!
Sonst über den Verlag
peter-grohmann@die-anstifter.de
Olgastraße 1 A
D 70182 Stuttgart



Peter-Grohmann-Verlag



GOETZ

metallbau

Berghastr. 32
70565 Stuttgart

Tel: +49 (0) 711 – 658 38 20
Mobile: +49 (0) 171 – 697 29 26
Web: www.goetz-metall.de
E-mail: info@goetz-metall.de

ORSO | Bautechnik und Wärmedämmtechnik

Innenausbau · Dachausbau · Wärmedämmung · Fenster · Türen · Dachfenster

Der Dachausbau bietet eine preiswerte Erweiterung der Wohnflächen. Und mit einer guten Wärmedämmung sparen Sie teure Heizenergie.

Wir beraten Sie gerne.
Rufen Sie uns an.

(0711) 657 25 98

Besichtigung, Beratung und Angebot kostenlos und unverbindlich!

Unsere Leistungen für Sie:

Innenausbau, Dachausbau, Fenster und Türen, Wärmedämmung, Dachfenster, Schalldämmung, Bodenbeläge, Ladenbau, Trockenbau, Malerarbeiten, Einbaumöbel.

Verkauf von natürlichen Bau- und Dämmstoffen.

ORSO GmbH · Dieselstr. 26 · 70771 L. Echterdingen · Fax (0711) 657 29 02 · www.orso-gmbh.de



Die HausMeister
Services Ltd.

Seerosenstraße 3A
70563 Stuttgart
Tel: 0176 - 279 521 58
Fax: 0711 - 489 34 81

Innenausbau

Metallbau

Gartenpflege

Garten- und Landschaftsbau

Schellack e.V.

die Möbelspezialisten

Restauration Polituren
Intarsien Reparaturen

Siedlerstr. 7, Tel.: 0711-735 26 36

Spenden: Stuttgarter Volksbank Nr. 6910009 BLZ 60090100



BOOKS & MORE

English Books, Audio Books and Movies
www.herbstreuth.de

Ständig Lagerverkauf stark reduzierter Resttitel

Verlag Herbstreuth

Handwerkstr. 50 · Mo. - Fr. 9-17 Uhr · Tel. 0711-780 28 73

Grünschnabel

Naturkost & Naturwaren

Sigmundstr 1 · 70563 Stuttgart-Vaihingen · T 0711 - 735 25 02



Ki und Aikido

Dojo Stuttgart

Unterricht für Kinder und Erwachsene

Info: 678 78 25

www.ki-aikido-stuttgart.de



malerei

weidner_lutz@web.de

fon. 0711 . 84 955-90

lutz weidner

selbstbauhilfe

wandgestaltung

naturfarben verkauf

baubiologische beratung

70771 leinfeldern - echterdingen . kirchstrasse 47

Für die Juni-Ausgabe wünscht sich VorOrt diesen oder einen ähnlichen Bericht

Überraschender Ausgang der Kommunalwahl in Stuttgart - Schuster kündigt Rücktritt an

Damit hatte niemand wirklich gerechnet. Die viel beklagte Politikverdrossenheit der Menschen in dieser Stadt war wohl doch eher eine Parteiverdrossenheit. Anders lässt sich kaum erklären, dass die Ratsparteien bei den Wahlen zum Stuttgarter Gemeinderat trotz hoher Wahlbeteiligung allesamt gewaltige Stimmenverluste hinnehmen mussten.

Mit 35 der 60 Gemeinderatssitze verfügen das Parteifreie Bündnis Stuttgart ökologisch sozial (SÖS) und die Linke (15 Sitze) über eine klare Mehrheit im neuen Stuttgarter Stadtparlament. Umso erstaunlicher, als sowohl SÖS als auch Linke in der Stuttgarter Presse während des Wahlkampfes wie auch schon davor kaum Erwähnung gefunden hatten.

Den sich entgegen aller Massenproteste auf das Großprojekt Stuttgart 21 und die Verwandlung der Innenstadt zu einem einzigen großen Kaufhaus und Parkplatz, durchsetzt mit Banken und Versicherungen, festgelegten Parteien ist es diesmal offensichtlich nicht gelungen, ihre Wachstum-um-jeden-Preis Politik dem Bürger als sozial zu verkaufen.

Dass auch die Grünen - obwohl auf Seiten der Stuttgart 21-Gegner - deutlich an Stimmen verloren, dürfte vor allem in ihrer in den letzten Jahren an den

Tag gelegten Privatisierungswut begründet sein. Nicht nur beim Verkauf des Wassers und den Cross-Border-Leasing Spekulationsgeschäften, sondern auch bei der Privatisierung städtischer Sozialeinrichtungen waren sie treue Partner von CDU und FDP gewesen. Und immerhin war es der grüne OB-Kandidat Palmer, der vor wenigen Jahren zur Wahl des Stuttgart 21 Protagonisten Schuster aufgerufen hatte.

SÖS und Linke kündigten nach ihrem Wahlerfolg an, man werde umgehend einen Bürgerentscheid zu Stuttgart 21 durchführen, weitere Großprojekte stoppen und bei allen künftigen Planungen zunächst die Meinung und Vorschläge der Bürger einholen und sie an den Entscheidungen beteiligen, bevor Investoren auf die Stadt losgelassen werden. Für den Stadtbezirk Vaihingen betrifft dies vor allem die Planungen für den FOB und die Aurelis-

Gewerbeansiedlungen sowie die Bebauung der Honigwiesen und weiterer Grünflächen.

Die Entscheidung über die Entwicklungen der Stadt werde von der Wirtschaftsförderung wieder zum Gemeinderat und den Bürgern verlagert, so die neuen Mehrheitsfraktionen.

Oberbürgermeister Schuster kündigte inzwischen seinen Rücktritt noch für dieses Jahr an. Es sei ihm mit Hilfe von CDU, FDP, SPD, FW und Grünen gelungen, den Handlungsspielraum des Gemeinderats durch Verkauf und Privatisierung städtischer Einrichtungen vom Wasser, über Wohnungen und Krankenhäuser bis zu den Straßenbahnen und Kläranlagen so weit einzuengen, dass er jetzt lieber aus der Ferne betrachten wolle, ob und wie es seinen Kritikern gelinge, den angerichteten Schaden wieder zu beheben. Um seine Zukunft mache er sich keine Sorgen. Er habe bereits mehrere lukrative Angebote von großen Bau- und Immobilienkonzernen, für die er bereits bisher ehrenamtlich oder nebenberuflich tätig gewesen sei.

Klar bin ich im Mieterverein!



Berit Fromme
Schauspielerin

Der Mieterverein hilft Ihnen bei allen Mietproblemen.

0711 - 21 01 60

Beratungsstellen auch in Bernhausen und Rohr

www.mieterverein-stuttgart.de



70182 Stuttgart
Moserstraße 5

Skandalöse Wohnungspolitik des Stuttgarter Gemeinderats

Stadt verkauft ihre soziale Verantwortung

Ehemals städtische Siedlung auf der Rohrer Höhe wird abgerissen

Allein 3.000 Menschen sind in der Stuttgarter Notfallkartei für Wohnungssuchende registriert. Sie alle warten dringend und schon lange auf eine für sie bezahlbare Sozialwohnung. Doch ebenso seit Jahren besteht die Wohnungspolitik von CDU, FDP, SPD und Grünen im Stuttgarter Gemeinderat kaum im Bau, dafür vielmehr im Verkauf städtischer Wohnungen.

Für „schlichtweg skandalös“ hält es der Mietervereinsvorsitzende Rolf Gaßmann, dass im letzten Jahr gerade noch 16 Sozialwohnungen von der wohlhabenden Stadt Stuttgart neu gefördert wurden.

Statt dessen waren in den letzten Jahren mit tatkräftiger Unterstützung von Grünen und SPD über 1.000 Wohnungen der stadteigenen SWSG an private Wohnbaugesellschaften verkauft worden. Zum Schaden der Mieter und unter Aufgabe jeder sozialen Verantwortung für die Stadt.

Um 36 Prozent ist die Zahl der Sozialwohnungen in den letzten 15 Jahren gesunken, so dass Stuttgart heute mit einem Anteil von gerade noch 6% an geförderten Mietwohnungen zum Schlusslicht deutscher Großstädte wurde.

Eine Umkehr dieser asozialen

Wohnungspolitik ist allerdings von diesem Gemeinderat nicht mehr zu erwarten. Im Gegenteil: jüngst wurden auch noch die Grundstücke der ehemals städtischen Siedlung auf der Rohrer Höhe an die SWSG verkauft und damit die Gebäude zum Abriss freigegeben. Statt neuen Sozialwohnungen sollen dort wie überall ausschließlich Eigentumswohnungen entstehen. Der Bezirksbeirat in Vaihingen hatte dem Verkauf nur unter der Maßgabe zugestimmt, dass mindestens 50% neue Sozialwohnungen gebaut werden müssten. Im Gemeinderat wurden Anträge von SPD und Grünen, wenigstens spärliche 15-20% Sozialwohnungen neu zu bauen, von CDU, FDP und FW rundweg abgelehnt. Mit der zynischen Begründung, das Gelände (das eben aus städti-

schem Besitz verkauft wurde) sei zu wertvoll und Sozialwohnungen passten dort nicht in die Umgebung (in der seit 40 Jahren Sozialwohnungen stehen). Dass SPD und Grüne nun wenigstens einen kleinen Anteil von Sozialwohnungen forderten, mag als erster Schritt zu einer Umkehr gesehen werden. Ihre jetzt (im Wahlkampf) erhobenen Klagen über zu wenige Sozialwohnungen erinnern aber doch ein wenig an den Feuerwehrmann, der selbst Häuser anzündet, um sich anschließend als löschender Retter feiern zu lassen. Immerhin haben beide Parteien in den letzten Jahren durch den Verkauf von Sozialwohnungen an private Wohnbaugesellschaften und fast ausschließlicher Eigentums-Förderung kräftig dazu beigetragen, dass es nun hinten und vorne an bezahlbaren Wohnungen fehlt.

Insgesamt scheint soziale Verantwortung für die jetzigen Gemeinderäte von CDU, SPD, FDP ein Fremdwort zu sein. Statt für sozialen Wohnungsbau verwenden sie das Geld der Steuerzahler lieber um Spekulanten und Immobilienkonzernen Traumgewinne zu verschaffen. Wie jetzt wieder am Vaihinger Bahnhof, wo statt Wohnungen gerade noch einmal soviel Büroflächen entstehen sollen wie derzeit leer stehen. Am 7. Juni könnte der Wähler dieses Treiben beenden.

SPD Logik

Wir sind dagegen, deshalb stimmen wir zu

Das Bemühen der SPD, es zumindest in Vorwahlzeiten allen recht zu machen, treibt seltsame Blüten:

Bei der Vorlage der aktuellen Wohnbauliste beantragten SPD und Grüne berechtigterweise die Herausnahme der Grünflächen und Naherholungsgebiete Honigwiesen (Vai) und Rappenäcker (Sonnenberg). CDU, FDP und FW lehnten dies rundweg ab. Daraufhin stimmte die SPD der Liste mit Honigwiesen und Rappenäcker zu.

Gleichnis des Buddha vom brennenden Haus

Gothama, der Buddha, lehrte
Die Lehre vom Rade der Gier, auf das wir geflochten sind, und empfahl,
Alle Begierde abzutun und so
Wunschlos einzugehen ins Nichts, das er Nirwana nannte.
Da fragten ihn eines Tags seine Schüler:

Wie ist dies Nichts, Meister? Wir alle möchten
Abtun alle Begierde, wie du empfiehlst, aber sage uns,
Ob dies Nichts, in das wir dann eingehen,
Etwa so ist wie dies Einssein mit allem Geschaffenen,
Wenn man im Wasser liegt, leichten Körpers, am Mittag
Ohne Gedanken fast, faul im Wasser liegt oder in Schlaf fällt,
Kaum noch wissend, daß man die Decke zurechtschiebt,
Schnell versinkend, ob dies Nichts also
So ein fröhliches ist, ein gutes Nichts, oder ob dies dein
Nichts nur einfach ein Nichts ist, kalt, leer und bedeutungslos.»

Lang schwieg der Buddha, dann sagte er lässig:
Keine Antwort ist auf euere Frage.»

Aber am Abend, als sie gegangen waren,
Saß der Buddha noch unter dem Brotbaum und sagte den andern,
Denen, die nicht gefragt hatten, folgendes Gleichnis:

Neulich sah ich ein Haus. Es brannte. Am Dache
Leckte die Flamme. Ich ging hinzu und bemerkte,
Daß noch Menschen drin waren. Ich trat in die Tür und rief
Ihnen zu, daß Feuer im Dach sei, sie also auffordernd,
Schnell hinauszugehen. Aber die Leute
Schienen nicht eilig. Einer fragte mich,
Während ihm schon die Hitze die Braue versengte,
Wie es draußen denn sei, ob es auch nicht regne,
Ob nicht doch Wind ginge, ob da ein anderes Haus sei,
Und so noch einiges. Ohne zu antworten,
Ging ich wieder hinaus. Diese, dachte ich,
Müssen verbrennen, bevor sie zu fragen aufhören.
Wirklich, Freunde,
Wem der Boden noch nicht so heiß ist, daß er ihn lieber
Mit jedem andern vertausche, als daß er da bliebe, dem
Habe ich nichts zu sagen.»

So Gothama, der Buddha.

Aber auch wir, nicht mehr beschäftigt mit der Kunst des Duldens,
Eher beschäftigt mit der Kunst des Nichtduldens und vielerlei
Vorschläge
Irdischer Art vorbringend und die Menschen beschwörend,
Ihre menschlichen Peiniger abzuschütteln, meinen, daß wir denen, die
Angesichts der heraufkommenden Bombenflugzeuggeschwader
des Kapitals noch allzu lang fragen,
Wie wir uns dies dächten, wie wir uns das vorstellten
Und was aus ihren Sparbüchsen und Sonntagshosen werden soll
nach einer Umwälzung,
Nicht viel zu sagen haben.

Bertolt Brecht: In: Kalendergeschichten, rororo 10077

Brauchen wir solche Stadträte?

Auch die Grünen haben seinerzeit mit Begeisterung für die Cross-Border-Leasing Verträge gestimmt, die der Stadt jetzt Millionenverluste beschern. Gemeinsam mit CDU, SPD und FDP haben sie über die Stadträte von SÖS und Linke gelacht, die als einzige immer vor solchen Spekulationsgeschäften gewarnt haben.

In einer kürzlichen Aussprache des Gemeinderats begegnete der Fraktionssprecher der Grünen, Werner Wölfle, dem von SÖS-Stadtrat Rockenbauch erhobenen Vorwurf, fahrlässig Verträgen zugestimmt zu haben, deren Inhalt den Stadträten nicht einmal bekannt war, mit dem erstaunlichen Bekenntnis:

„Und ich sage es Ihnen auch ganz persönlich: Die Ausrede, wir hätten den Vertrag nicht gekannt, stimmt. Das ist aber keine Ausrede, weil, wir beschließen in jeder Sitzung hier drin zig Punkte, wo wir die Verträge auch nicht kennen. Das ist nicht der Maßstab der Dinge.“

Wie die Bahn AG Gemeinbesitz verschleudert oder:

Was hat die Hypo-Real-Estate mit dem FOB zu tun?

Erst wussten es nur wenige und als VorOrt es öffentlich machte, wollte es kaum jemand glauben: Die Standortwahl für den Fernomnibusbahnhof Vaihingen beruht vor allem auf einer Absprache zwischen Wirtschaftsförderung der Stadt und dem Immobilienverwerter Aurelis: Aurelis organisiert einen Investor, der den FOB baut und betreibt und bekommt dafür für den größten Teil ihres Geländes ein völlig überzogenes Baurecht, das sie sich selbst aussuchen darf.

Wer ist diese Aurelis Real Estate GmbH & Co KG, neuerdings Aurelis Asset GmbH, die inzwischen anstelle des Gemeinderats die Stadtplanung macht? Noch im FOB-Aufstellungsbeschluss wird sie als „bahneigen“ präsentiert. Dies ist längst nicht mehr wahr und auch die „Bahntochter Aurelis“ gab es nur durch eklatante Gesetzesverstöße:

Anfang der 90er Jahre wurde mit der Bahnreform die Bundesbahn in die Deutsche Bahn AG umgewandelt. Die Modalitäten der Privatisierung sind im Eisenbahnneuordnungsgesetz geregelt. In ihm ist u.a. festgelegt, dass eine Bundesbehörde (Eisenbahnvermögen) sämtliche Schulden der Bundesbahn übernimmt (immerhin ca. 50 Mrd. DM) und dafür die künftig nicht mehr bahnotwendigen Immobilien erhält. Bereits 1995 musste allerdings der Bundesrechnungshof feststellen, dass gegen dieses Gesetz in eklatanter Weise zum Schaden des Bundes verstoßen worden war: Zwar waren wie vereinbart die Schulden vom Bund übernommen worden, die Immobilien aber behielt die Bahn AG. Und es sollte noch dicker kommen.

2003 gründete die Bahn AG die Immobilien-Verwertungsgesellschaft Aurelis und übertrug dieser 27 Mio. m² innerstädtischer Bahnflächen in lukrativen Lagen zum Preis von 2,261 Mrd. Euro. 10% der Anteile an der Aurelis hielt die West LB. Von Gesetz wegen hätten alle diese Flächen an den Staat gehen müssen. Der Ausverkauf von Gemeinbesitz aber war damit noch nicht beendet. Als 2007 die West-LB ihre Beteiligung aufgab, versteigerte die Bahn AG die Aurelis samt Grundstücken, die ihr eigentlich gar nicht gehörten, an den einzigen Bieter, ein Konsortium aus Hochtief und dem internationalen Immobilienspekulanten Redwood Grove mit Firmensitz im Steuersparparadies Cayman-Inseln. Kurz danach fand der Deal zwischen Wirtschaftsför-

derung Stuttgart und Aurelis für das Gelände am Vaihinger Bahnhof statt.

Redwood Grove ist auch an der Hypo-Real-Estate beteiligt, die inzwischen mit über 100 Mrd. Steuergeldern vor dem Konkurs gerettet werden musste. Der

Erstaunliche Einsichten in der Frankfurter Allgemeinen

„Attac hat mit der jahrelangen Kampagne gegen die Zocker an den Finanzmärkten präziser gearbeitet als die im Bundestag vertretenen Parteien. Die müssen schon deutlich machen, dass man sie hinter Licht geführt hat, sonst gibt es keinen Grund mehr, diesen braven Begleitern eines wahnsinnigen Marktgeschehens zu folgen.“

FAZ-Feuilleton
vom 7. 2. 2009.

Kauf der Aurelis wurde mit 1,3 Mrd. Euro von der Hypo-Real-Estate finanziert. Für 1.495 Liegenschaften mit 27 Mio. m² innerstädtischer Flächen erhielt die Bahn AG (nicht die Allgemeinheit) noch ganze 1,64 Mrd. Die Flächen, u.a. die am Vaihinger Bahnhof wurden so für 60 Euro/m² an die Spekulanten verschachert. Mit der jetzt vorgesehenen Bebauung wird das Gelände ca. 800 - 900 Euro/m² wert sein.

Herausgeber:

VorOrt-Verlag, Stgt.-Vaihingen
Verantwortlicher Redakteur:

Gerhard Wick

Verlagsanschrift:

VorOrt-Verlag

Postfach 800980

70509 Stuttgart

Tel: 0711 / 745 05 23

Fax: 0711 / 745 05 24

vorort-vaihingen@arcor.de

www.vorort-vaihingen.de

Druck: UWS Papier&Druck GmbH

Auflage: 15 500

Bankverbindung:

VR-Bank Stuttgart

Kontonummer: 1000 150 00

BLZ: 600 901 00